



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Maßgebliches und Unmaßgebliches

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

alten Weg zurückgewinnend, schwankend jetzt von der Gewalt des Kampfes zwischen Wetterkraft und Menschenwillen, glatt vorwärts während der kurzen Frist, da der Sturm Atem schöpfte zu neuem Stoß, so näherten sie sich ihrem Ausgangspunkt.

Da hätten wirs ja, sagte der Offizier und ließ das Glas sinken, sie setzen es durch. Noch zwei Minuten, und wir haben sie unten. Achtung, Leute! greift zu, wenn sie landen.

(Fortsetzung folgt)



Maßgebliches und Unmaßgebliches

Der Arbeitsnachweis und die Landarbeiterfrage. Am 27. September vorigen Jahres hat der Verband Deutscher Arbeitsnachweise in München seine erste Versammlung abgehalten. Aus der Eröffnungsrede des Dr. jur. Freund aus Berlin führen wir nur an, daß der Anspruch mancher Unternehmerverbände, den Arbeitsnachweis ohne Mitwirkung der Arbeiter und unparteiischer Behörden leiten und beherrschen zu dürfen, mit dem Grundsatz der Unparteilichkeit unvereinbar sei, zu dem sich der Verband bekenne. Zwei Punkte der Tagesordnung: Arbeitsnachweisstatistik und Gebührenfreiheit des Arbeitsnachweises, lassen wir als reine Sachangelegenheiten beiseite. Dagegen beansprucht der Gegenstand, der an erster Stelle behandelt wurde, das allgemeine Interesse. Es wurde da die Frage beantwortet: Wie können die Arbeitsnachweise dazu beitragen, der Landwirtschaft Arbeitskräfte zu erhalten und zuzuführen? Der erste Referent, Rat Dr. Raumann aus Hamburg, legte dar, wie die Arbeitsnachweise gerade durch die städtischen Verhältnisse dazu gekommen seien, das Land in ihre Thätigkeit hineinzuziehen. Der Arbeitsnachweis könne natürlich keine neue Arbeit schaffen, sondern nur Angebot und Nachfrage zusammenbringen. Man habe das zunächst dadurch versucht, daß mehrere Städte mit einander in Verbindung getreten seien. Das habe hier und da etwas, im ganzen aber wenig geholfen, denn in einem und demselben Gewerbe beständen meistens an verschiedenen Orten dieselben Konjunkturen. Da sei es denn natürlich, daß man ans Land gedacht habe, wo jetzt ständiger Arbeitermangel herrsche. Die Arbeitsverfassung auf dem Lande werde durch drei Wanderzüge über den Haufen geworfen. Der erste, die Sachfengängerei, sei von den Landwirten der Rübengegenden hervorgerufen worden, und man könnte demnach sagen, die Landwirte des Ostens möchten selbst und allein die Sache mit denen des Westens ausmachen, wenn nur nicht dadurch die Arbeiterbevölkerung überhaupt in Bewegung geraten wäre. Die Arbeiterschaft des Ostens habe mit der des Westens Fühlung gewonnen, und so füllten sich jetzt auch die westlichen Industriebezirke mit polnischen Arbeitern aus dem Osten. Und ein großer Teil der in Bewegung geratenen Arbeitermassen ströme den Städten zu. Mit dieser dritten Bewegung habe es nun der städtische Arbeitsnachweis zu thun. Welche Beweggründe auch für die Landflucht der Arbeiter angegeben werden möchten, die Hauptsache bleibe doch, daß die Industrie im allgemeinen höhere Löhne zu zahlen in der Lage sei. Dagegen lasse sich nichts thun, und man würde der Bewegung ihren Lauf lassen müssen, wenn die Industrie

der Landwirtschaft nicht mehr Leute entzöge, als sie braucht. Aber es wanderten weit mehr Arbeiter in die Stadt, als diese beschäftigen könne. Die höhern Löhne wirkten wie Lotteriegewinne; die Zuziehenden sähen nur die Treffer und nicht die Nieten. Er wisse das sehr genau, weil er an der Untersuchung teilgenommen habe, die der Hamburger Hafenstreik veranlaßt hat. Bei der dortigen Hafenarbeit fänden mindestens sechstausend und höchstens zehntausend Arbeiter Beschäftigung. Während des Streiks aber hätten zwölftausend Mann Arbeit gesucht. Daran sei nun nicht zu denken, daß städtische Arbeiter aufs Land geschickt werden könnten. Es gebe nur wenige landwirtschaftliche Arbeiten, für die städtische Arbeiter taugten. Vielmehr müsse man sich darauf beschränken, dem Zuzug vom Lande dadurch entgegenzuwirken, daß man so lange keine zugezogenen Arbeiter anstelle, als noch einheimische Arbeit suchten. Die Vorliebe der Unternehmer für auswärtige und namentlich ländliche Arbeiter sei ja in einzelnen Fällen berechtigt, aber im allgemeinen müsse man sie bekämpfen. Um den Ausgleich zwischen Stadt und Land und zwischen den verschiedenen Gegenden herbeiführen zu können, müßten allerdings die Arbeitsnachweise bedeutend stärker sein, als sie vorläufig sind: sie müßten zunächst den städtischen Arbeitsmarkt wirklich beherrschen. Vor allem müsse man nach genauer Kenntnis des Arbeitsmarkts streben, damit die Lage an jedem Ort und in jedem Gewerbe öffentlich bekannt gemacht werden könne. Wenn die Landleute erführen, daß in der nächsten Stadt dreißig bis vierzig Bäckergejellen überschüssig seien, so würden sie kaum ihre Kinder zu dortigen Bäckern in die Lehre geben. Freilich hätten die Unternehmer ein Interesse daran, Arbeitermassen in die Stadt zu locken, denn je stärker die Ware „Arbeit“ angeboten werde, desto wohlfeiler sei sie. Sie möchten aber auch daran denken, daß ein Überangebot Streiks nicht verhindere, und daß gerade die Überschüssigen gegen die Wiederaufnahme der Arbeit stimmten, Leute, die sich bei Streikunterstützung besser stehen als sonst, wo sie gar nichts haben. Liege es also schon nicht im wohlverstandnen Interesse der Unternehmer, daß sich in den Städten ein wirkliches Proletariat anhäufe, so noch weit weniger in dem des Staates. Sollten aber die Bemühungen der städtischen Arbeitsnachweise den Landwirten etwas nützen, so müßten sich diese in der Behandlung der Leute den Anforderungen der Zeit anbequemen; ihm sei es vorgekommen, daß Leute, die Landarbeit zu übernehmen bereit gewesen seien, bloß deshalb in die Stadt zurückgekehrt seien, weil sie der Herr geduzt habe.

Der zweite Referent, Bürgermeister Dr. Thoma aus Freiburg i. Br., führt unter anderm aus, daß sich der Mangel an ländlichen Arbeitern keineswegs auf die Latifundiengenden des Ostens beschränke, sondern sich dem bäuerlichen Kleinbesitz im Südwesten ebenso fühlbar mache, und daß namentlich das weibliche Geschlecht auf dem Lande nicht festzuhalten sei. In Pforzheim und Freiburg habe man die Erfahrung gemacht, daß auf hundert männliche Dienstboten, die der Arbeitsnachweis beim Bauer unterbringe, kaum zwei bis drei weibliche kommen, die sich aufs Land schicken lassen, und dieses, trotzdem in Baden sogar der Nominallohn auf dem Lande dem städtischen beinahe gleich stehe. Belehrung, nicht allein der Arbeiter, sondern auch der Landwirte, hält er für das notwendigste und wirksamste Mittel. Mit der Heranziehung italienischer Arbeiter sei in Baden den Landwirten nicht geholfen; denn diese seien durchweg kleinere Bauern, die den Dienstboten oder Arbeiter in die Familiengemeinschaft aufnehmen müßten, und das mit einem Ausländer zu thun widerstrebe ihnen. [Aus demselben Grunde finden die russisch-polnischen Arbeiter im Osten nur auf den Rittergütern, nicht beim Bauer Verwendung.]

Der Assessor Dr. Treuter aus Halle, Vertreter der Landwirtschaftskammer der Provinz Sachsen, legt dar, daß die städtischen Arbeitsnachweise den Landwirten nichts nützen können. Diese müßten ihre eignen Arbeitsnachweise haben. In der Provinz Sachsen habe vor sieben Jahren der landwirtschaftliche Zentralverein einen begründet, und die Rechtsnachfolgerin des Vereins, die Landwirtschaftskammer, habe ihn vor drei Jahren übernommen und ausgebaut. Ein Arbeitsnachweis, der nicht von Landwirten geleitet werde, könne die Landwirte nicht gut bedienen. Denn es gehöre die genaueste Sachkenntnis dazu, zu beurteilen, ob ein Arbeiter für eine bestimmte Stelle geeignet sei. Zur Landarbeit werde weit größere Geschicklichkeit erfordert, als zu den meisten industriellen Arbeiten, und außerdem größere Körperkraft; städtische Arbeitslose seien, schon weil ihnen die Körperkraft fehle, auf dem Lande schlechterdings gar nicht zu gebrauchen. Zudem seien die Erfordernisse für die verschiedenen Verrichtungen und für verschiedene Wirtschaften so verschieden, daß manchmal ein Arbeiter, der sich in dem einen Dienste ganz gut bewährt habe, für einen andern nichts taue. Die Gründe, die in der Industrie gegen einen bloß aus Unternehmern bestehenden Arbeitsnachweis sprächen, seien auf dem Lande nicht vorhanden.

Aus der langen und interessanten Debatte können wir nur wenige Äußerungen anführen. Der Gewerkvereinsanwalt, Dr. Max Hirsch, hebt hervor, daß das Interesse der Landwirte mit dem der städtischen Arbeiter zusammenfalle, denen ja daran liegen müsse, Lohndrücker fern zu halten, und empfiehlt Belehrung der Jugend über das furchtbare Elend, das den städtischen Arbeitern in vielen Industriezweigen beschieden sei. Baron von Cetto, Vertreter des deutschen Landwirtschaftsrats, meint, die Belehrung sei namentlich Aufgabe des Geistlichen, der auch herausfinden müsse, welche von seinen Feiertagschülern fürs Gewerbe, welche für die Landwirtschaft sich besser eigneten. Professor Dr. Poeschel berichtet über die Sachsenstiftung als ihr Vertreter. Diese hat es sich zur Aufgabe gemacht, „gedienten Soldaten, die ohne Verschulden stellenlos geworden, und besonders den alljährlich im Herbst nach vorwurfsfrei erfüllter Dienstpflicht zur Reserve entlassenen Mannschaften unentgeltlich Arbeit zu vermitteln.“ Es kann die Thatsache nicht verschwiegen werden, sagt Herr Poeschel, „daß der Landwirtschaft ein großer Teil ihrer Arbeiter durch den Militärdienst nicht nur vorübergehend entzogen, sondern dauernd entfremdet wird (Rufe: Sehr richtig!). Es liegt mir fern, hieraus gegen die militärischen Einrichtungen selbst einen Vorwurf abzuleiten; aber da die Truppen aus taktischen Gründen auf die Städte konzentriert sein müssen, so lernen die jungen Leute das Leben in der Stadt mit seinen Genüssen und Verführungen kennen, und das eben entfremdet sie dem Lande. Ich spreche da keine Theorie aus, denn ich stehe seit vier Jahren in der Praxis und habe mir viel Mühe gegeben, dem entgegen zu wirken. Wer vom Pfluge und Stalle weg zum Militärdienst gekommen ist und dort bis drei Jahre gedient hat, mag in der Regel aus der Stadt nicht wieder hinaus. Am auffallendsten zeigt sich dies bei den Reservisten der Kavallerieregimenter. Wenn einer mehrere Jahre hoch zu Ross gefessen hat, so wünscht er bei seiner Entlassung allenfalls eine Stelle als herrschaftlicher Diener, am liebsten aber einen »Vertrauensposten«, ohne eine klare Vorstellung von einem solchen zu haben, nur um keine schwere Arbeit mehr verrichten zu dürfen. Können sie nicht gleich eine solche Stellung erhalten, so thun sie lieber monatelang gar nichts, als daß sie eine der vielen freien landwirtschaftlichen Stellen annähmen.“ Die Sachsenstiftung arbeite nur darauf hin, die dem Lande entstammenden Burschen wieder aufs Land zurückzuführen, und sie habe schon manchen Erfolg erzielt. Zwei

Arbeitersekretäre, Karl Schirmer und der Tischler Raith, teilen mit, daß sie vom Lande seien und sehr gern auf dem Lande geblieben wären, daß aber ihre Eltern in der Meinung, es sei in der Stadt leichter, sich eine Existenz zu begründen, sie ein Gewerbe hätten lernen lassen, wie denn überhaupt die Bauern ihre Kinder in die Stadt zu bringen pflegten, weil das schmale Erbe zur Versorgung der Kinder auf dem Lande nicht hinreiche. Grandke, der Vertreter der Landwirtschaftskammer für die Provinz Brandenburg, sprach das große Wort gelassen aus: „Einmal haben wir den sich stetig verringernden Rest ständiger Arbeiter und ihnen gegenüber die immer zunehmende Summe von Wanderarbeitern, die der moderne landwirtschaftliche Betrieb nicht mehr entbehren kann, und auf die er je länger je mehr seine ganze Wirtschaftsführung zuzuschneiden gezwungen war, mit denen wir jetzt als mit einem ständigen Bedürfnis zu rechnen haben.“ Wenn das der Fall ist, dann muß auch der Staat neu zugeschnitten werden, denn Nomaden, namentlich ausländische, sind in der bestehenden Staatsverfassung nicht vorgesehen. — Gelöst hat der Verbandstag die ländliche Arbeiterfrage freilich nicht, aber daß er sie von allen Seiten beleuchtet hat, verdient immerhin einigen Dank.

Die Brotfrage. Man hat heutzutage medizinische, chemische, technische Versuchsstationen aller Art, aber staatswirtschaftliche Versuchsstationen, wo die zahllosen volkswirtschaftlichen und sozialpolitischen Vorschläge durchprobiert werden könnten, werden wir leider niemals haben, denn auf diesem Gebiete gilt der Satz, daß sich das, was im kleinen ganz gut möglich ist, im großen gewöhnlich als undurchführbar erweist, und die modernen Staaten sind sehr groß. Zur Lösung der Brotfrage schlägt der in den Zeitungen öfter genannte Freiherr Dr. Friedrich zu Weichs-Glon,^{*)} ein warmherziger, menschenfreundlicher Tiroler, nicht die Verstaatlichung des Getreidehandels vor wie Raith, nicht die Verstaatlichung des Getreidehandels und der Brotbereitung wie der Müller Till in Bruck a. d. Mur, sondern die Kommunalisierung der Brotbereitung; die Gemeinden sollen — mit einer durch eine große Anleihe aufzubringenden Staatshilfe — die Brotbereitung übernehmen und sollen ausschließlich Mehl verwenden, das aus inländischem Getreide hergestellt ist; dadurch sollen „stabile hohe Getreidepreise bei billigem Brote“ gesichert werden. Wir wollen uns nicht mit der agrarischen Einbildung herumschlagen, in der auch der übrigens keineswegs einseitig agrarische Weichs-Glon befangen ist, daß „wucherische Spekulation“ die Getreidepreise drücke und dadurch die Landwirtschaft zu Grunde richte. Wir wollen auch nicht bei dem ausführlichen Lobe der mittelalterlichen Obrigkeiten verweilen, die sich mit Brottaxen und zahllosen andern Maßregeln um die Versorgung des Volkes mit gutem Brote bemüht hätten; das Söbliche an diesen Bemühungen sind der gute Wille, das Pflichtgefühl und die gefunden sozialen Grundsätze, die sich in solchen Maßregeln aussprechen, und wovon man allerdings so mancher der modernen Regierungen ein gleich großes Maß wünschen möchte; um den Erfolg ist es immer und überall recht schlecht bestellt gewesen. Dagegen müssen wir hervorheben, daß die Brotfrage im ersten der drei Sinne, die er ihr beilegt, gar nicht mehr vorhanden ist. Die Menschheit kann heute jederzeit soviel Brot haben, wie sie braucht und haben will; dafür haben die moderne Technik, die durch sie ins unbegrenzte gesteigerte Produktivität der Arbeit und der Welthandel gesorgt. Weichs-Glon führt gegen die Wahrheit, daß diese modernen Kräfte die Hungernöte — wenigstens für die Kulturvölker — beseitigt

^{*)} Die Brotfrage und ihre Lösung. Leipzig, Duncker und Humblot, 1898.

haben, die Sizilianer an, von denen ein großer Teil nur Gras und Wurzeln zur Nahrung habe. Er hätte sich nicht auf Sizilien zu beschränken brauchen, sondern die ärmere Bevölkerung von ganz Italien anführen können. Zur Charakteristik von deren Lage mag folgendes Geschichtchen dienen, das der dem jungen Königreich sehr günstig gesinnte römische Korrespondent des Berliner Tageblatts vor ein paar Jahren erzählt hat. Er berichtet über den Tod eines Pfarrers in der Lombardei. Dieser vortreffliche Mann hatte, weil ihm das Volk leid that, eine Bäckerei errichtet, und verkaufte das darin bereitete gute Brot zu dem nämlichen Preise, wie das elende Brot verkauft wird, das die Leute dort gewöhnlich haben. Seine Bäckerei ist nach kurzem Bestand eingegangen; sie verlor sehr bald alle ihre Kunden. Warum? Die Leute erklärten: Dieses Brot schmeckt so gut, daß wir und unsre Kinder zu viel davon essen; unser Tagelohn reicht nicht so weit, daß wir so viel Brot kaufen könnten. Der Posthornkorrespondent würde dieses Geschichtchen wohl nicht erzählt haben, wenn er seine jedem Denkenden einleuchtende Tragweite erkannt hätte; man könnte ein ganzes Buch drüber schreiben. Und ähnlich stehts in Rußland. Über die Hungernot dieses Sommers hat Tolstoi in Nr. 217 und 218 der Wiener Zeit berichtet. Er hat die davon betroffenen Gegenden bereist und an einigen Orten „Speisetische“ eingerichtet, aber die Polizei hat seine Thätigkeit unterbrochen, sodaß er sich genötigt gesehen hat, von dem für den Zweck gesammelten Gelde über 3500 Rubel den Spendern zurück zu geben. In Italien wie in Rußland könnte das Brot hergehoch daliegen und halb so viel kosten wie im wohlfeilsten der letzten Jahre, die Leute würden trotzdem hungern müssen. Dafür, daß Brot vorhanden sei, hat die „wucherische Spekulation“ im Verein mit dem technischen Fortschritt gesorgt; woran es nun liegt, daß das Brot trotzdem nicht zu den Hungernden gelangt, das können wir hier bei dieser Gelegenheit nicht noch einmal breit treten.

Was Deutschland und wohl auch Österreich betrifft, so ist es da, wenigstens in allen größern Städten, um die Luftbeschaffung weit schlechter bestellt als um die Broteschaffung, und wenn auch in diesen Ländern hie und da zu wenig Geld auf Brot übrig bleibt, so liegt es daran, daß die Luft zu viel kostet; für eine Wohnung mit atembarer Luft muß mancher Arbeiter, mancher kleine Beamte, mancher kleine Handwerker den vierten, den dritten Teil seines Einkommens opfern. Ja dieses Opfer wird manchmal gebracht für eine Wohnung ohne Luft und Licht. Haarsträubende Geschichten erzählt Lieber, Oberinspektor des Vereins „Arbeiterheim,“ aus Stettin (siehe Nr. 12 der Sozialen Praxis, Spalte 317). Und mit abhängigen Personen macht man gar keine Umstände. Man stopft sie in luftlose Böcher, und können sie darin nicht atmen, so mögen sie kr—. Damit kommen wir auf den zweiten Sinn der Brotrfrage: wie unser Brot ohne Schmutz und Menschenfäulerei hergestellt werden könnte, und in diesem Sinne ist die Brotrfrage allerdings vorhanden. Weichs-Glon entwirft teils nach den Berichten österreichischer Gewerbeinspektoren, teils nach eignen Wahrnehmungen „Backstubenbilder,“ die noch über die Bilder in der Schrift Bebelz gehn. Das Ärgste erzählt er nicht, weil sich das nach unsern Sitten nur in geschlossenen Gerichtsstuben und in medizinischen Zeitschriften erzählen läßt. Besonders schön sind die „Wohnungen“ der Gesellen und Lehrlinge in Triest. In zwei Bäckereien müssen die Lehrlinge, um in ihr Schlafloch zu gelangen, auf einer Leiter in einen Bodenraum hinaufsteigen und von dort durch eine Mauerlücke kriechen, die in dem einen Falle 1,2 Meter hoch und 80 Centimeter breit, im andern 95 Centimeter hoch und 68 Centimeter breit ist. In einer andern Bäckerei hatte die Sanitätskommission, um zu den dreifensterlosen „Wohnräumen“ zu gelangen, eine nicht bloß an sich, sondern auch

wegen der unmittelbaren Berührung mit dem Backofen gefährliche Treppe hinaufzulklettern; in einer dritten mußte man, um die übrigen Betten zu erreichen, entweder über das vorderste Bett hinüberklettern, oder neben diesem Bett auf die Brüstung des offenen Fensters treten, unter dem ein ungedeckter Brunnenmund gähnte. An drei Orten war ein Teil des Kohlenloches durch hineingelegte Strohsäcke zur Schlafstelle hergerichtet. Daß, wo überhaupt Betten vorhanden sind, jedes für zwei oder drei Leute dient, und daß sie von Schmutz starren, versteht sich von selbst. Weichs-Glon ist der Ansicht, daß diesen Miasma-Stall auszuräumen weder die Kirche noch die Polizei die Macht habe, und nachdem sich sogar der Magen der vornehmen Leute ohnmächtig erwiesen hat — sie haben den ersten Ekel überwunden und lesen nun nichts mehr von solchen Sachen, um sich den Appetit nicht zu verderben —, muß man ihm wohl recht geben; es giebt nur ein Mittel dagegen: durch Großbäckereien — mögen sie von Kapitalisten oder von Gemeinden oder von Genossenschaften errichtet werden — die Sudelbäcker entweder bankrott machen oder sie durch Konkurrenzdruck zur Reinlichkeit und Ordnung zwingen. Indes einiges vermag die Polizei schon, und was sie vermag, das soll sie auch leisten; bei uns zunächst für strenge Durchführung der Bäckereiverordnung sorgen, der hoffentlich bald eine zweite, schärfere folgen wird. Weichs-Glon, der überhaupt viel nützliches Material beibringt, stellt die Verordnungen anderer Staaten zusammen, die viel weiter gehen. In der Schweiz z. B. ist die Nacharbeit nur solchen Bäckereien erlaubt, die keine jungen Personen beschäftigen, und jedem erwachsenen Arbeiter muß nach der Nacharbeit eine ununterbrochene Ruhezeit von dreizehn Stunden gewährt werden; in Norwegen aber ist die Nacharbeit unbedingt und allgemein verboten, und allen Bäckereiarbeitern ist der zwölfstündige Maximalarbeitstag und eine dreißigstündige Sonntagsruhe gesichert.

Noch einen dritten Sinn legt Weichs-Glon der Brotfrage bei; es soll die Aufgabe gelöst werden, wie ein Brot hergestellt werden könne, das mit Wohlgeschmack und Leichtverdaulichkeit den höchsten erreichbaren Nährwert verbindet. Das dürfen wir, meine ich, der freien Thätigkeit der Wissenschaft, der Volksaufklärungsvereine und der großen Brotfabriken überlassen. Um noch einmal auf die ewigen Klagen über unrechtmäßige Bäckergewinne zurückzukommen, so könnte wenigstens der eine, auch von Weichs-Glon beklagte Übelstand gehoben werden, daß bei der heutigen Art des Brotverkaufs, wo der Preis gleich bleibt und nur das Gewicht sich ändert, jede Kontrolle unmöglich ist, wenn nicht für jede Stadt von 10000 Einwohnern ein Duzend Polizeibeamte expreß zum Berechnen des Brotgewichts und zum täglichen Nachwiegen angestellt werden soll. Rezensent hat wiederholt in den Grenzboten und anderwärts darauf hingewiesen, daß die allein vernünftige, für alle andern Waren geltende Verkaufsweise auch für das Brot schon durchgeführt worden ist,*) sich ganz leicht durchführen läßt und für den Bäcker, sofern dieser nicht auf unrechtmäßigen Gewinn spekuliert, weit bequemer ist. Das Brot wird immer gleich schwer verkauft (z. B. ein sechspfündiges oder fünfpfündiges und ein drei- oder zweieinhalbpfündiges Brot), der Preis aber wechselt täglich nach dem Getreidemarktpreise; mit jeder Mark, die der Doppelzentner Roggen auf- oder abschlägt, schlägt das Pfund Brot einen halben Pfennig auf oder ab. Die Dummheit, Gleichgiltigkeit und Schlamperei, mit der sich das beständig nörgelnde und klagende Publikum die hergebrachte unvernünftige Verkaufsweise gefallen läßt, da

*) 1849 und in den folgenden Jahren in der Knappschaftsbäckerei zu Waldenburg und in der Kolbeschen Bäckerei zu Landeshut in Schlesien. Ob diese Bäckereien noch bestehen, und ob dieselbe Einrichtung auch noch anderwärts eingeführt worden ist, weiß ich nicht.

es doch, wenn es wollte, die Änderung augenblicklich erzwingen könnte, gehört zu den Entschuldigungsgründen, die jede Regierung für sich anführen kann, wenn man sie beschuldigt, daß sie etwas Unvernünftiges thue oder dulde oder etwas Vernünftiges unterlasse.

Das Wachstum der Sozialdemokratie. Die Ergebnisse der Statistik, die Dr. Adolf Neumann-Hofer in seinem Schriftchen: „Die Entwicklung der Sozialdemokratie bei den Wahlen zum deutschen Reichstage“ (zweite Ausgabe, Berlin, Konrad Skopnik, 1898) aufgestellt hat, kennen die Leser aus den Zeitungen. Die Zeitungen sind Fraktionsorgane, und für die Fraktionspolitik kommt bei der Sache nichts in Betracht als die Frage, wie der Sozialdemokratie Wähler abgewonnen werden könnten zu Gunsten einer andern Fraktion. Man ist nun auf den Gedanken gekommen: da nur in zwei Wahlbezirken, Altona und Leipzig-Land, die Zahl der sozialdemokratischen Wähler 50 Prozent der Wahlberechtigten um eine Kleinigkeit übersteigt (sie betrug in diesen beiden Kreisen 50,79 und 50,37 Prozent), so sei es leicht, den Sozialdemokraten alle Mandate zu nehmen bis auf diese zwei; man brauche ja bloß alle Philister, die bei den Wahlen daheim bleiben, durch ein Gesetz zur Stimmabgabe zu zwingen. Wir lassen es dahingestellt sein, ob die Rechnung stimmen, und welchen Parteien die Zwangsvota zufallen würden. Der Staatsmann hat andre Sorgen. Er fragt sich, wie es komme, daß die befriedigten Parteien, wenn man das Zentrum dazu rechnet, nur 3753073, die unbefriedigten aber, von denen die Sozialdemokraten doch nur eine, wenn auch die stärkste, sind, 4005672 Stimmen abgegeben haben, und daß die Zahl der Stimmen der Unbefriedigten stetig wächst. Er fragt sich ferner, ob sich die Ursachen der Unzufriedenheit nicht heben ließen. Er fragt sich drittens, ob es möglich sein würde, mit dem Kartell allein ohne das Zentrum zu regieren, dessen Wähler also der Partei der Unzufriedenen zuwachsen würden, und ob es eine Verminderung der Schwierigkeit bedeuten würde, wenn es gelänge, durch die Abschaffung des allgemeinen Wahlrechts der Bekämpfung der Unzufriedenheit ein Ende zu machen. Und er fragt sich viertens, ob die Kartellparteien wirklich als befriedigte und sozusagen als Regierungsparteien anzusehen seien, da doch die Agrarier dazu gehören, und wie es unter diesen Umständen um die Einigkeit und innere Gleichförmigkeit der herrschenden Partei stehen würde.

Parteifürsorge für städtische Kostkinder. Der Berliner Magistrat hat das Baronsche Vermächtnis abgelehnt, weil die ärztlichen Autoritäten erklären, es sei bedenklich, Kinder bloß mit Brot, Gemüse, Obst, Milch und Eiern zu ernähren. Ich werde mich hüten, als gänzlich Unfachverständiger in den Streit über den Vegetarismus hineinzureden (der übrigens, wo Milch und Eier zugelassen werden, gar keiner mehr ist). Aber ich finde, daß in der ganzen Debatte eine sehr wichtige Frage nicht gestellt worden ist: Wie viel Fleisch, und was für Fleisch kriegen denn die Ziehkinder, die vom Magistrat gegen ein paar Mark monatlich armen Familien in Pflege gegeben werden; und kriegen diese Ziehkinder auch nur so viel Milch und Eier, wie sie in dem von Baron geplanten Waisenhause bekommen würden? In Schriften von Ärzten, die keine Naturärzte sind, habe ich wiederholt gelesen, daß eine Butterschnitte mit Obst dazu eine bedeutend wertvollere Nahrung sei als ein Stückchen ausgekochtes Rindfleisch, das nur aus unverdaulichen Fasern besteht.

Herausgegeben von Johannes Grunow in Leipzig

Verlag von Fr. Wilt. Grunow in Leipzig. — Druck von Carl Marquart in Leipzig